

Einladung

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Öffentliche Informationsveranstaltung der Kreistagsfraktion DIE LINKE.OFFENE LISTE mit Experten der verschiedenen Bürgerinitiativen

Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Flieden und weitere Interessierte sind herzlichst zu der öffentlichen Informationsveranstaltung zum Thema: Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“ eingeladen.

Am: Freitag, 27. September 2019, 19.30 Uhr

Ort: Gaststätte BÜNNESCH, Hauptstraße 13, 36103 Flieden,

Telefon: 06655-1688

- Frau Andrea Müller-Nadjm von der AG hessischer Bürgerinitiativen für ein „Straßenbeitragsfreies Hessen“ ,
- Herr Ulrich Dehler, Sprecher der Petersberger Bürgerinitiative gegen Straßenausbaubeiträge,
- Herr Joachim Weber, Sprecher der Eichenzeller Bürgerinitiative gegen Straßenausbaubeiträge

werden sachkundig und kompetent über ihre bisherigen Aktivitäten und deren Ergebnisse berichten.

Für Fragen und Anregungen steht ausreichend Zeit zur Verfügung. Auch soll über die Möglichkeit der Gründung einer Bürgerinitiative in Flieden zu diesem Thema gesprochen werden.

Auf eine rege Teilnahme hoffen ihre Kreistagsabgeordneten

Winfried Möller aus Flieden,

Pia Hainer aus Eichenzell-Kerzell

Fraktionsvorsitzender Michael Wahl aus Petersberg.

Straßenausbaubeiträge abschaffen

Liebe Fliedener Bürgerinnen und Bürger, auch die Gemeinde Flieden erhebt Straßenausbaubeiträge von ihren Bürgern.

Straßenausbaubeiträge der Gemeinden in Höhe von mehreren 10.000,- Euro sind keine Seltenheit. Dagegen erhebt sich derzeit bundesweiter Protest.

Inzwischen wurden bereits in mehreren Bundesländern die Straßenausbaubeiträge abgeschafft. Nach Hamburg, Berlin, Bayern, Thüringen schaffen nun Brandenburg und Sachsen-Anhalt die Straßenausbaubeiträge ab. In Baden- Württemberg wurden noch nie welche erhoben.

In Hessen wurde im Jahr 2018 durch ein Gesetz der schwarz/grünen Landesregierung den Kommunen freigestellt, die Beiträge abzuschaffen. Anders wie anderen Bundesländern schafft das Land allerdings keinen finanziellen Ausgleich für die Gemeinden.

Im Gegenteil das Land beabsichtigt die Gemeinden mit der Einführung einer Heimatumlage nochmals zur Kasse zu bitten. Spielräume zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge werden dadurch verkleinert

Im Landkreis Fulda haben sich mehrere Bürgerinitiativen gegen die Straßenausbaubeiträge gegründet.

In Fulda, Petersberg, Eichenzell, Neuhof, Dipperz und Tann. Sie haben sich der Arbeitsgemeinschaft hessischer Bürgerinitiativen für ein „Straßenbeitragsfreies Hessen“ angeschlossen.

Erste Erfolge konnten in Petersberg, Hünfeld, Neuhof, Fulda und Eichenzell erreicht werden.

In Petersberg und Hünfeld wurden die Straßenausbaubeiträge rückwirkend zum 08.Juni 2018 abgeschafft.

In Fulda sollen sie zum 01.Januar 2020 wegfallen.

In Neuhof wurden die Beiträge drastisch gesenkt.

In Eichenzell werden bis zur endgültigen Klärung keine weiteren Bescheide versandt.

Jetzt gilt es weiter Druck zu machen, damit die Straßenausbaubeiträge in allen Gemeinden des Landkreises, besser noch in ganz Hessen abgeschafft werden.

Einladung

Straßenausbaubeiträge abschaffen

Am: 27. September

Um: 19.30 Uhr

Wo: Flieden, Hauptstr. 13

Gaststätte BÜNNESCH

Referenten:

- Frau Andrea Müller-Nadjm von der AG hessischer Bürgerinitiativen für ein „Straßenbeitragsfreies Hessen“,
- Herr Ulrich Dehler, Sprecher der Petersberger Bürgerinitiative gegen Straßenausbaubeiträge,
- Herr Joachim Weber, Sprecher der Eichenzeller Bürgerinitiative gegen Straßenausbaubeiträge

Aus dem Inhalt:

Seite 2

Pressemitteilung der Bürgerinitiativen

Seite 3

Antrag der Fraktion im Kreistag

Seite 4

Einladung zur Versammlung in Flieden

Presseerklärung der Fuldaer Bürgerinitiativen zur Beratung im Innenausschuss

„In der Sitzung am vergangenen Donnerstag hat der Innenausschuss des Landtags mit der Mehrheit der Schwarz-Grünen Regierungskoalition beschlossen, dem Landtag die Ablehnung der Gesetzentwürfe von SPD und Linke zur Abschaffung der Straßenbeiträge zu empfehlen. Ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des Hessischen Landtags, denn die Ergebnisse einer aufwändigen Anhörung wurden komplett ignoriert. Nahezu alle Experten und Geladene befürworteten am 9. Mai die Abschaffung der Beiträge bei finanziellem Ausgleich aus Landesmitteln, darunter der Geschäftsführende Direktor des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, der Bund der Steuerzahler, der Verband Wohneigentum, der Deutsche Mieterbund sowie alle Bürgermeister und Bürgerinitiativen. Joachim Weber, als Vertreter der Bürgerinitiativen des Landkreises Fulda, beschrieb in seiner Rede vor dem Innenausschuss eine Reihe von Verwerfungen und schilderte den im Landkreis Fulda entstanden Flickenteppich von Kommunen, die Straßenbeiträge abschaffen oder beibehalten. Darüber hinaus machte Weber, der auch Gemeindevertreter in Eichenzell ist, noch auf eine Reihe von handwerklichen Fehlern im aktuellen Gesetz in der Anhörung aufmerksam, die sogar dazu führen können, dass Kommunen bei der Ratenzahlung über 20 Jahre „Negativ Zinsen“ zahlen müssen. Über 300 Bürgerinnen und Bürger hatten die Anhörung auf der Zuschauertribüne und im Foyer des Landtags verfolgt, darunter Delegationen aus Fulda, Petersberg, Eichenzell und Neuhof.

Das Ergebnis des Innenausschusses kommentiert Ulrich Dehler, Sprecher der Bürgerinitiativen im Landkreis Fulda: „Die schwarz-grüne Koalition stößt Bürgerinnen und Bürger und insbesondere die Hausbesitzer vor den Kopf. Ebenso brüskiert sie die zahlreichen Bürgermeister und ehrenamtlich aktiven Kommunalpolitiker vor Ort. Wir brauchen keine Alibi-Anhörungen, wir brauchen Lösungen für die Menschen“, so Dehler, der anfügt: „Schwarz-Grün weigert sich, das Problem zu lösen. Man erklärt sich für nicht zuständig und nimmt weiterhin in Kauf, dass in den Kommunen Kindergarten, Schwimmbad, Bibliothek oder Vereinsförderung gegen die Straßenbeiträge ausgespielt werden. Stattdessen gibt es von Schwarz-Grün wertlose Lippenbekenntnisse zur Förderung des ländlichen Raums oder einfach nur als zynisch zu bezeichnende Pressemitteilungen der CDU-Landtagsfraktion, dass man das Wohneigentum als wichtige Altersvorsorge fördern wolle.“

Joachim Weber ergänzt: „Ebenso wird mit der heutigen Empfehlung ausgeblendet, dass Tausende sich inzwischen in Bürgerinitiativen engagieren und ständig weitere Bürgerinitiativen in ganz Hessen entstehen. Im Landkreis Fulda zuletzt in Dipperz, wo betroffene Anlieger 450.000 Euro für einen 6,2 Meter breiten Bürgersteig zahlen sollen. Die demnächst in den Kommunen freiwerdenden Mittel aus dem Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage, von denen ein Bruchteil zur Abschaffung der Straßenbeiträge ausreichen würde, hat Schwarz-Grün ohne Not und unter Protest fast aller Bürgermeister in Hessen anderweitig verplant“, so Weber, der anfügt: „Bürgerferne und Realitätsverlust von Schwarz-Grün in Wiesbaden sind besorgniserregend und nicht zu verstehen. Auch unser lokaler Landtagsabgeordneter Thomas Hering (CDU) hat uns als Mitglied im Innenausschuss nicht unterstützt, obwohl viele Kommunen aus dem Landkreis mit dem Thema kämpfen. Die Straßenausbaubeiträge haben Hessen zweigeteilt. Ein Teil der Einwohner lebt noch immer in Kommunen mit Straßenbeiträgen, während der andere Teil befreit ist. Aktuell entscheidet die Postleitzahl, ob die Enteignungen weitergehen oder nicht. 135.000 Euro ist derzeit der Spitzenwert, den ein 65-jähriger Rentner voraussichtlich zahlen soll. Seine Immobilie steht zum Verkauf an. Wir werden nicht aufhören, uns dagegen zu wehren. Das Thema wird damit zu einem der Kernthemen für die Kommunalwahl im Frühjahr 2021.“

Michael Wahl
Kirschgrund 3
36100 Petersberg

19.08.2019

An den
Vorsitzenden des Kreistags
Herrn Helmut Herchenhan
Wörthstr. 15
36037 Fulda

Resolution: Heimatumlage der Landesregierung Hessen

Sehr geehrter Herr Herchenhan,

der Kreistag möge beschließen:

„Der Fuldaer Kreistag appelliert an die Hessische Landesregierung, ihr Vorhaben, mit dem Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage eine Heimatumlage einzuführen, fallen zu lassen. Diesen Eingriff in die Finanzhoheit der Städte und Gemeinden lehnt der Fuldaer Kreistag ab. Die neue geplante Umlage bedeutet, dass unsere Kommunen im Landkreis mehrere Millionen Euro zusätzlich an das Land abführen müssen. Auch wenn das Land beabsichtigt, die Gelder über Förderprogramme wieder an die Kommunen zurückzugeben, bleibt es bei einem Eingriff in Finanzhoheit. Alleine der Umstand, dass das Land auf diesem Weg Vorgaben macht, wie die Kommunen das Geld für Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung, usw. einzusetzen haben, führt zu einem erheblichen Eingriff in die Gestaltungsfreiheit der Kommunen. Außerdem schafft das Programm einen neuen unnötigen Bürokratieaufwand. Und das sowohl für die Kommunen als auch für das Land. Für den Landkreis bedeutet die Einführung dieser Umlage ebenfalls einen Einnahmeausfall von mehreren Millionen Euro bei der Kreisumlage. Das sind Finanzmittel, welche dringend zur Verbesserung der Gestaltungsmöglichkeiten in den Kommunen des Landkreises benötigt werden.

Statt einer neuen Belastung der Kommunen in Millionenhöhe ist nach unserer Auffassung dringend eine bessere Ausstattung der kleinen Kommunen im ländlichen Raum notwendig. Hierzu ist keine neue Umlage, sondern eine konsequente Anwendung des bestehenden Umlage- und Finanzausgleichssystemen notwendig.

Wir appellieren daher an die Hessischen Landesregierung, von diesem bisher in Deutschland einmaligen Eingriff in die Finanzhoheit der Städte und Gemeinden abzusehen, zumal diese Mittel nach der bundesgesetzlichen Regelung uneingeschränkt den Städten und Gemeinden zustehen.“

Mit freundlichen Grüßen



Michael Wahl